



## Lebensbedingungen und Wohlfahrt

Mit den Eurostat Daten über Lebensbedingungen und Wohlfahrt soll ein umfassendes Bild von den derzeitigen Lebensbedingungen in der EU anhand von Variablen zu Einkommen, Armut, sozialer Ausgrenzung usw. vermittelt werden. Alle Daten über soziale Ausgrenzung und Wohnverhältnisse werden auf der Ebene der privaten Haushalte erhoben.

Seit sich das sozialpolitische Kapitel des Vertrags von Amsterdam (1997) zur treibenden Kraft für die Erstellung der EU-Sozialstatistiken entwickelt hat, besteht wieder erhöhter Bedarf an Daten über Lebensbedingungen und Wohlfahrt. Diese Entwicklung wurde durch mehrere Tagungen des Europäischen Rates verstärkt, die der sozialen Dimension einen wichtigen Platz auf der politischen Tagesordnung gesichert haben.

Ergänzt werden die Daten durch zusätzliche Informationen aus den Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, die eine genaue Aufgliederung der Konsumausgaben bieten. Das dritte Teilkapitel ist dem Wohnen (Besitzverhältnisse und durchschnittliche Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen) gewidmet.

Niedriges Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind mehrdimensionale Probleme. Um sie auf europäischer Ebene wirkungsvoll überwachen zu können, wurde im Rahmen der Strukturindikatoren eine Reihe von „Indikatoren für sozialen Zusammenhalt“ entwickelt. Darüber hinaus wird ein breiteres Spektrum von Indikatoren für die soziale Eingliederung nach der offenen Koordinierungsmethode auf dem Gebiet des Sozialschutzes und der sozialen Eingliederung berechnet<sup>(1)</sup>.

Am Ende des Kapitels wird in einem aktuellen Überblick über Indikatoren zur guten Staatsführung („Good Governance“) auf die Frage eingegangen, ob die politischen bzw. öffentlichen Einrichtungen Ressourcen zweckmäßig einsetzen und effiziente und verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen. Wie derartige Werte von der Öffentlichkeit gesehen werden, lässt sich anhand von Indikatoren wie der Wahlbeteiligung bzw. von Erhebungen über das Vertrauen der Bürger in öffentliche Einrichtungen beurteilen.

(1) [http://ec.europa.eu/employment\\_social/soc-prot/soc-incl/indicator\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/soc-prot/soc-incl/indicator_de.htm).



## 6.1 Lebensbedingungen

### Einleitung

Günstige Lebensbedingungen hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, die sich in zwei große Gruppen – einkommensbezogene und nicht einkommensbezogene Faktoren – einteilen lassen. Zur zweiten Gruppe gehören Faktoren mit Auswirkungen auf den Alltag und das Berufsleben wie etwa hervorragende Gesundheitsdienste, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten oder gute Verkehrsverbindungen. Die Analyse der Einkommensverteilung innerhalb eines Landes vermittelt einen Eindruck von den dort bestehenden Ungleichheiten. Während diese Ungleichheiten einerseits Anreize schaffen können, die eigene Situation durch persönlichen Einsatz, Innovation oder den Erwerb neuer Kompetenzen zu verbessern, werden sie andererseits auch häufig mit Kriminalität, Armut und sozialer Ausgrenzung in Verbindung gebracht.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die statistischen Indikatoren von Eurostat im Bereich ILC (Einkommen und Lebensbedingungen) decken eine Reihe von Themen ab, die mit Einkommensarmut und sozialer Ausgrenzung in Zusammenhang stehen. Eine Gruppe von Indikatoren bezieht sich auf die monetäre Armut, die (u. a. anhand von Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) in räumlicher und zeitlicher Hinsicht analysiert wird. Weitere Indikatoren betreffen die Einkommensverteilung und die Ungleichheit des Einkommens, andere wiederum die nicht monetäre Armut und die soziale Ausgrenzung (z. B. materielle Entbehrung und soziale Teilhabe) und deren räumliche und zeitliche Darstellung. Ein neu entwickelter Satz von Indikatoren für Kinderbetreuungsmöglichkeiten rundet das Informationsangebot in diesem Bereich ab.

Zur Berechnung der Indikatoren für die Lebensbedingungen verwendete Eurostat ursprünglich Mikrodaten<sup>(2)</sup> aus dem 1994 eingeführten Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP). Nachdem diese Quelle acht Jahre lang genutzt worden war, wurde sie 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, nämlich durch die Datenerhebung auf der Grundlage der Rahmenverordnung über die **Gemeinschaft Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)**. Einer der Hauptgründe für diese Umstellung war die notwendige Anpassung von Inhalt und Aktualität der Datenproduktion an den derzeitigen Bedarf in Politik und Forschung. Die EU-SILC bildet jetzt die Hauptreferenzquelle von Eurostat für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung und umfasst sowohl eine Querschnitt- als auch eine Längsschnittdimension. Ab 2005 werden mit der EU-SILC die EU-25 sowie Norwegen und Island erfasst. Bulgarien, Rumänien, die Türkei und die Schweiz führten die EU-SILC in 2007. Für 2006, Bulgarien und Rumänien stellen derzeit – nicht vollständig harmonisierte – Indikatoren aus den nationalen Erhebungen über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte bereit.

Das BIP pro Kopf dient häufig dazu, die Lebensstandards einzelner Länder gegenüberzustellen. Allerdings sagen diese Werte wenig über die Einkommensverteilung in einem Land aus. In diesem Abschnitt werden Indikatoren zur Messung der Einkommensverteilung und der relativen Armut vorgestellt. Das **verfügbare Haushaltseinkommen** ist die Summe der gesamten monetären Einkommen sämtlicher Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Anlageerträgen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene

(2) Dabei handelt es sich um Daten, die auf der Mikroebene, etwa für eine Einzelperson, einen Haushalt oder ein Unternehmen, erfasst wurden, und nicht um aggregierte, auf der Ebene der Volkswirtschaft zusammengestellte Daten.



hinzugerechnet, Steuern, Sozialbeiträge sowie bestimmte unvermeidbare Ausgaben hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbetrag anhand einer Standard(Äquivalenz)skala durch die Zahl der **Erwachsenenäquivalente** dividiert (bei dieser modifizierten „OECD Äquivalenzskala“ werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0 gewichtet, Haushaltsmitglieder im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 sowie jene unter 14 Jahren mit 0,3). Das Ergebnis, das so genannte **verfügbare Äquivalenzeinkommen**, wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das persönliche Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare Einkommen jedes Haushalts durch die Äquivalenzgröße des Haushalts dividiert wird. Folglich ergibt sich für jede im Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Das **S80/S20-Verteilungsquintil** dient zur Messung der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Es handelt sich dabei um das Verhältnis des Gesamteinkommens der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Dafür werden alle Einkommen als verfügbare Äquivalenzeinkommen erfasst. Hier sei darauf hingewiesen, dass das letzte Kapitel dieser Veröffentlichung regionale Daten über das verfügbare Einkommen pro Einwohner enthält.

Das **relative Einkommensmedianverhältnis** ist definiert als das Verhältnis des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens von Personen über 65 zum verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65.

Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen

unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die wiederum bei 60 % des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens festgelegt ist. Diese Quote kann vor oder nach Sozialtransfers angegeben werden, wobei die Differenz darüber Aufschluss gibt, von welcher Verringerung der Armutsgefährdung durch nationale Sozialtransfers ausgegangen werden kann. Alters- und Hinterbliebenenrenten gelten als Einkommen vor Transfers und nicht als Sozialtransfers. Dieser Indikator wurde u. a. nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Bildungsabschluss aufgeschlüsselt. Allerdings misst dieser Indikator nicht den Wohlstand, sondern ein (im Vergleich zu anderen Personen im gleichen Land) niedriges laufendes Einkommen, das nicht zwangsläufig mit einem niedrigen Lebensstandard gleichzusetzen ist.

Die **relative mediane Armutsgefährdungslücke** ist die Differenz zwischen dem von Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle bezogenen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommen und der Armutsgefährdungsschwelle. Sie wird als Prozentsatz der Armutsgefährdungsschwelle angegeben (wobei die Abschneidegrenze bei 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens festgelegt ist). Bei dem EU-Aggregat handelt es sich um einen nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnitt der nationalen Zahlen.

Gemäß den Beschlüssen des Europäischen Rates wird die Armutsgefährdungsquote bezogen auf die Situation im jeweiligen Land und nicht anhand eines für alle Länder einheitlichen Schwellenwertes gemessen.

Bei den Indikatoren für **Arbeitslosen-haushalte** (Anteil der Kinder von 0 bis 17 Jahren und Anteil der Personen zwischen 18 bis 59 Jahren, die in Haushalten leben, in denen niemand arbeitet) handelt es sich um den Anteil der Personen einer spezifischen Altersgruppe, die in Haushalten leben, in denen niemand einer Arbeit



nachgeht. Studierende im Alter von 18 bis 24 Jahren, die in nur aus Studierenden derselben Altersklasse bestehenden Haushalten leben, werden weder im Zähler noch im Nenner mitgezählt. Die Daten stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung.

### Wichtigste Ergebnisse

Die 20 % der Bevölkerung der EU-25 mit dem höchsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen haben 2006 fast fünfmal so viel Einkommen bezogen wie die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen. Betrachtet man alle Mitgliedstaaten, so wurden in Lettland (mit einem Wert von 7,9) und in Portugal (6,8) die größten Ungleichheiten verzeichnet. Im Gegensatz dazu waren in den nordischen Mitgliedstaaten, in Bulgarien, in der Tschechischen Republik und in Slowenien bei den Einkommen die Ungleichheiten mit S80/S20-Verteilungsquintilen zwischen 3,4 und 3,6 am geringsten.

Vergleicht man die Anzahl der Personen mit geringem Einkommen vor Sozialleistungen (außer Renten) und mit jener der Personen mit geringem Einkommen nach Sozialleistungen (das heißt Altersrenten und Leistungen für Hinterbliebene sind Bestandteil beider Einkommensarten), so wird deutlich, dass derartige Leistungen hauptsächlich auf einen Umverteilungseffekt abzielen und dass damit insbesondere die Armutsgefährdung eingedämmt und der Anteil der Bevölkerung, der seinen Lebensunterhalt mit einem geringen Einkommen bestreiten muss, verringert werden soll. Dank der Sozialtransfers sank bei der Bevölkerung der EU-25 die Armutsgefährdungsquote 2006 von 26 % (vor Sozialtransfers) auf 16 % (nach Sozialtransfers), wodurch 38 % der in Armut lebenden Personen über die Armutsgrenze gehoben wurden. Durch Sozialleistungen (außer Renten) sank der Anteil von armutsgefährdeten Personen – wenn auch in sehr

unterschiedlichem Ausmaß – in allen Ländern. Der Anteil der aufgrund von Sozialtransfers nicht mehr armutsgefährdeten Personen war in einigen Mittelmeerstaaten (Griechenland, Spanien und Italien) sowie in Lettland und Bulgarien am geringsten. Am höchsten waren die Anteile von Personen, die dank der Systeme für Sozialschutz und soziale Unterstützung nicht mehr von Armut bedroht sind, mit über 50 % in Schweden, Dänemark, Finnland, der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Slowenien und Deutschland.

Aufgrund des steigenden Anteils der EU-Bevölkerung über 65 Jahre und der anhaltend niedrigen Fruchtbarkeitsziffern (mehr dazu in Kapitel 3) wächst die Besorgnis darüber, wie die Mitgliedstaaten die mit der Alterung verbundenen Renten- und Gesundheitskosten aufbringen und der Armutsgefährdung älterer Menschen begegnen können. Ein Vergleich des relativen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens der über 65 Jährigen mit dem verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommen der Personen unter 65 gibt über den relativen Lebensstandard älterer Menschen Aufschluss. Außer in Polen bezogen die über 65-Jährigen im Jahr 2006 ein geringeres durchschnittliches verfügbares Einkommen als die unter 65 Jährigen. In Luxemburg, Ungarn, Österreich und Deutschland betrug der Einkommensunterschied zwischen den beiden Altersgruppen weniger als 10 %. In den meisten Mitgliedstaaten bewegte sich im Jahr 2006 der Unterschied zwischen dem verfügbaren Äquivalenzeinkommen der über 65-Jährigen und jenem der Bevölkerung zwischen 0 und 64 in der Größenordnung von 10 % bis 30 %. Diese Einkommensklüfte wuchs in Estland, Irland und Lettland auf 30 % bis 35 %, während das verfügbare mediane Äquivalenzeinkommen der über 65 Jährigen in Zypern gar nur bei 57 % von jenem der Personen unter 65 Jahre lag.

Besonders augenfällig war dieses relativ geringe Einkommensniveau der Rentner in Zypern, wo 2006 die über 65-Jährigen mehrheitlich (52 %) armutsgefährdet waren. Bei den über 65 Jährigen waren in Spanien etwa 31 % und in Lettland 30 % armutsgefährdet, während es in Ungarn, Luxemburg, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und den Niederlanden unter 10 % waren.

Ältere Menschen und Rentner stellten 2006 nicht die einzige armutsgefährdete Gruppe dar. Von der gesamten Bevölkerung der EU-25 waren geschätzte 15 % der Personen ab 18 Jahre armutsgefährdet (nach Sozialtransfers). Am stärksten armutsgefährdet waren die Arbeitslosen (von den Betroffenen am häufigsten angegebener Erwerbsstatus) mit einem Anteil von etwa zwei Fünfteln (41 %). In den drei baltischen Staaten erreichte dieser Wert etwa 60 %. Fast ein Drittel (32 %) der Haushalte von Alleinerziehenden mit unterhaltsberechtigten Kindern waren 2006 in der EU-25 armutsgefährdet. Auf sie entfiel somit der höchste Prozentsatz

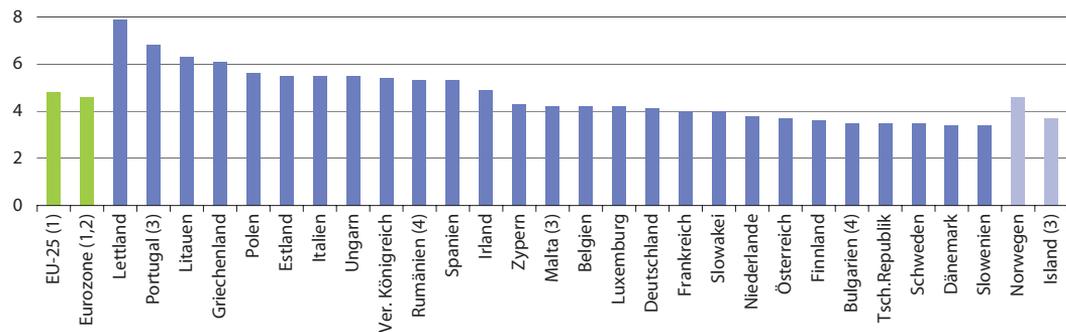
von allen in der Erhebung erfassten Haushaltstypen. Dagegen waren Haushalte mit mehreren Erwachsenen und ohne unterhaltsberechtigten Kinder tendenziell am geringsten von Armut bedroht<sup>(3)</sup>.

Rund 9,3 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 2007 in der EU-27 in einem Arbeitslosenhaushalt. Der Anteil von in Arbeitslosenhaushalten lebenden Kindern (bis 17 Jahre) bewegte sich mit 9,4 % nahezu auf demselben Niveau. Am höchsten war der Anteil im Vereinigten Königreich (16,7 %) sowie in Ungarn (14,0 %) und in Belgien (13,5 %). Die beiden letztgenannten Mitgliedstaaten verzeichneten neben Polen die höchsten Anteile von in Arbeitslosenhaushalten lebenden Erwachsenen (18 bis 59 Jahre). Diese Werte können allerdings durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst werden, etwa durch die zwischen den einzelnen sozioökonomischen Gruppen bestehenden Unterschiede bei der durchschnittlichen Anzahl von Kindern bzw. bei den Nichterwerbsquoten.

- (3) Bei der Armutsgefährdungsquote steht das relativ zu sehende Konzept der Einkommensarmut im Vordergrund, das sich auf das Einkommensniveau in einem Land bezieht und in das Vermögen oder tatsächliche Kaufkraft nicht einfließen. Zudem wird davon ausgegangen, dass die Haushaltsmitglieder ihre Ressourcen teilen. Darüber hinaus hängt die Quote auch von der jeweiligen Äquivalenzskala ab. In Zukunft wird die Armutsgefährdungsquote durch andere Armutsindikatoren ergänzt.

## Abbildung 6.1: Relatives Einkommensmedianverhältnis, 2006

(Verhältnis)

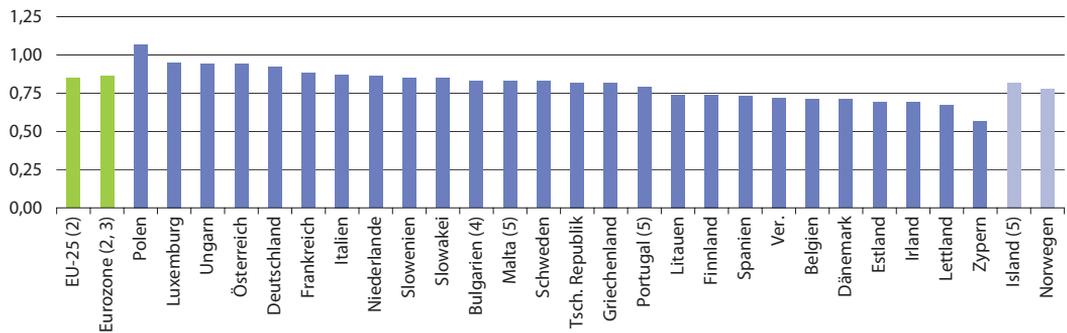


- (1) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittswerten der einzelstaatlichen Daten. (2) EZ-13 anstatt EZ-15. (3) Vorläufig. (4) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

Quelle: Eurostat (tsisc010)


**Abbildung 6.2:** Relatives Einkommensmedianverhältnis, 2006 (1)

(Verhältnis)



(1) Rumänien: nicht verfügbar.

(2) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.

(3) EZ-13 anstatt EZ-15.

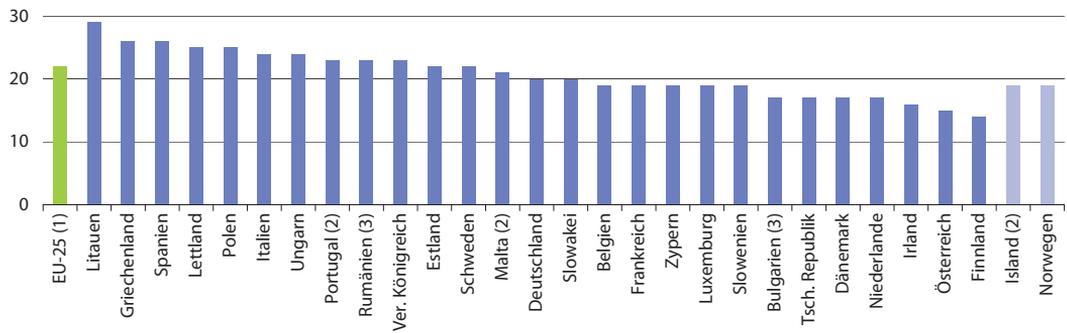
(4) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

(5) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (ilc\_ov7a)

**Abbildung 6.3:** Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke, 2006

(in %)



(1) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.

(2) Vorläufig.

(3) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

Quelle: Eurostat (tsdsc250)



**Tabelle 6.1:** Armutsgefährdungsquote nach dem am häufigsten angegebenen Erwerbsstatus, 2006 (1)

(in %)

|                        | Gesamtbevölkerung | Erwerbstätig | Nicht erwerbstätig | Arbeitslos | Im Ruhestand | Nichterwerbspersonen, Sonstige |
|------------------------|-------------------|--------------|--------------------|------------|--------------|--------------------------------|
| <b>EU-25 (2)</b>       | 15                | 8            | 23                 | 41         | 16           | 26                             |
| <b>Eurozone (2, 3)</b> | 15                | 7            | 22                 | 38         | 15           | 25                             |
| <b>Belgien</b>         | 15                | 4            | 24                 | 31         | 20           | 25                             |
| <b>Bulgarien (4)</b>   | 14                | 6            | 20                 | 36         | 17           | 16                             |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 8                 | 3            | 14                 | 44         | 7            | 15                             |
| <b>Dänemark</b>        | 12                | 4            | 22                 | 25         | 16           | 28                             |
| <b>Deutschland</b>     | 12                | 5            | 19                 | 43         | 13           | 18                             |
| <b>Estland</b>         | 18                | 8            | 32                 | 59         | 29           | 29                             |
| <b>Irland</b>          | 18                | 6            | 31                 | 50         | 26           | 31                             |
| <b>Griechenland</b>    | 20                | 14           | 26                 | 33         | 24           | 26                             |
| <b>Spanien</b>         | 19                | 10           | 29                 | 38         | 24           | 30                             |
| <b>Frankreich</b>      | 13                | 6            | 19                 | 31         | 13           | 25                             |
| <b>Italien</b>         | 19                | 10           | 26                 | 44         | 16           | 30                             |
| <b>Zypern</b>          | 17                | 7            | 30                 | 31         | 51           | 16                             |
| <b>Lettland</b>        | 22                | 11           | 37                 | 64         | 35           | 29                             |
| <b>Litauen</b>         | 20                | 10           | 30                 | 61         | 23           | 28                             |
| <b>Luxemburg</b>       | 13                | 10           | 15                 | 48         | 7            | 17                             |
| <b>Ungarn</b>          | 14                | 7            | 20                 | 53         | 12           | 25                             |
| <b>Malta</b>           | 13                | 5            | 20                 | 40         | 22           | 18                             |
| <b>Niederlande</b>     | 9                 | 4            | 14                 | 27         | 6            | 19                             |
| <b>Österreich</b>      | 12                | 6            | 18                 | 43         | 13           | 21                             |
| <b>Polen</b>           | 18                | 13           | 22                 | 46         | 7            | 23                             |
| <b>Portugal</b>        | 18                | 11           | 26                 | 31         | 23           | 29                             |
| <b>Rumänien</b>        | :                 | :            | :                  | :          | :            | :                              |
| <b>Slowenien</b>       | 11                | 5            | 18                 | 33         | 17           | 17                             |
| <b>Slowakei</b>        | 11                | 6            | 15                 | 41         | 8            | 17                             |
| <b>Finnland</b>        | 13                | 4            | 24                 | 42         | 20           | 24                             |
| <b>Schweden</b>        | 11                | 7            | 18                 | 24         | 12           | 29                             |
| <b>Ver. Königreich</b> | 18                | 8            | 32                 | 57         | 28           | 34                             |
| <b>Island</b>          | 9                 | 7            | 15                 | 14         | 10           | 21                             |
| <b>Norwegen</b>        | 10                | 6            | 18                 | 31         | 18           | 16                             |

(1) Personen ab 18 Jahren.

(2) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.

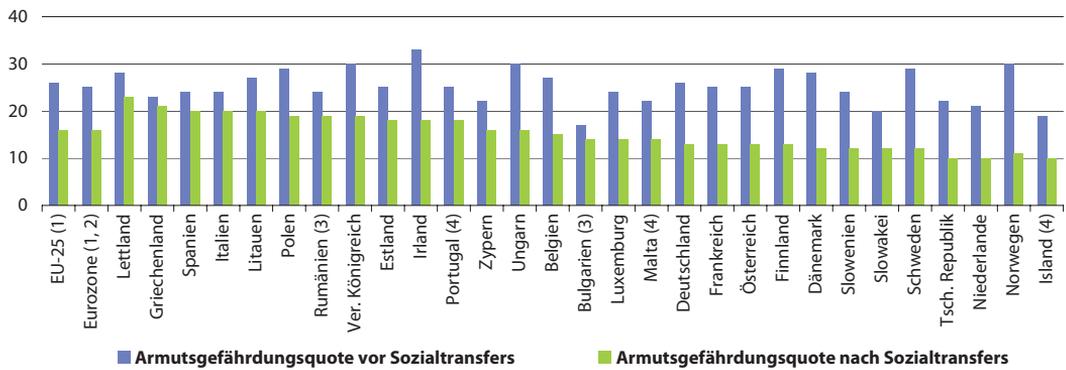
(3) EZ-13 anstatt EZ-15.

(4) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

Quelle: Eurostat (ilc\_li04)

**Abbildung 6.4:** Armutsgefährdungsquote, 2006

(in %)

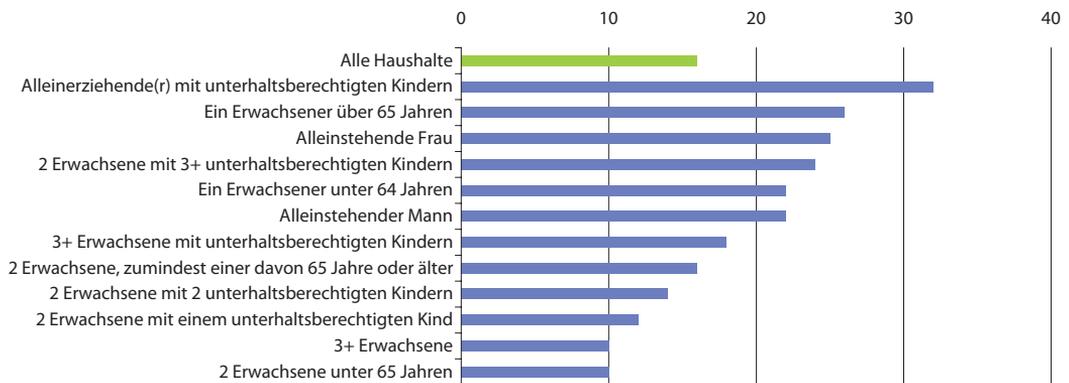


- (1) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.  
 (2) EZ-13 anstatt EZ-15.  
 (3) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).  
 (4) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tsisc020 und tsisc030)

**Abbildung 6.5:** Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers, aufgeschlüsselt nach Haushaltstyp, EU-25, 2006 (1)

(in %)

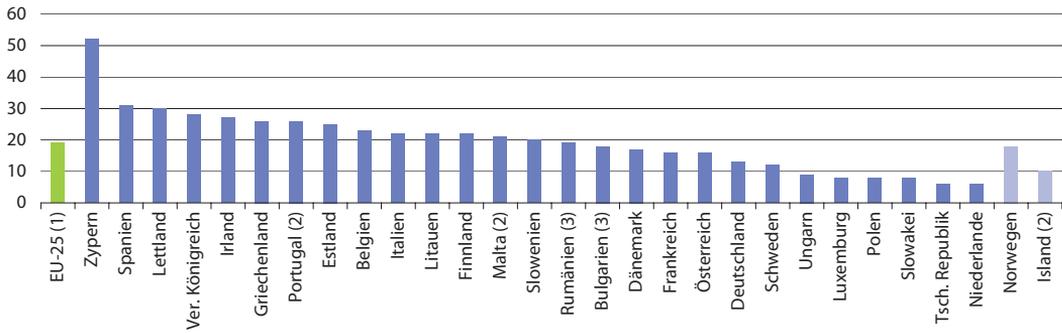


- (1) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.

Quelle: Eurostat (tsdsc240)



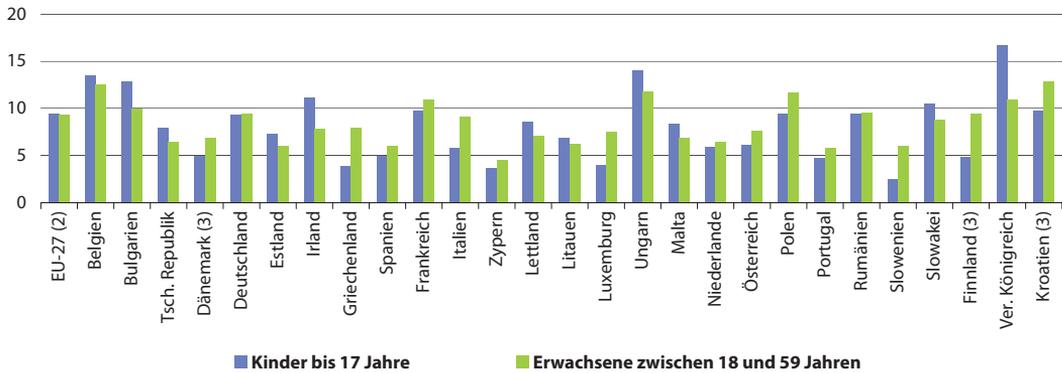
**Abbildung 6.6:** Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers, Personen ab 65 Jahren, 2006 (in %)



- (1) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.
- (2) Vorläufig.
- (3) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

Quelle: Eurostat (tsdsc230)

**Abbildung 6.7:** In Arbeitslosenhaushalten lebende Personen nach Altersgruppen, 2007 (1) (% der jeweiligen Altersgruppe in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist)



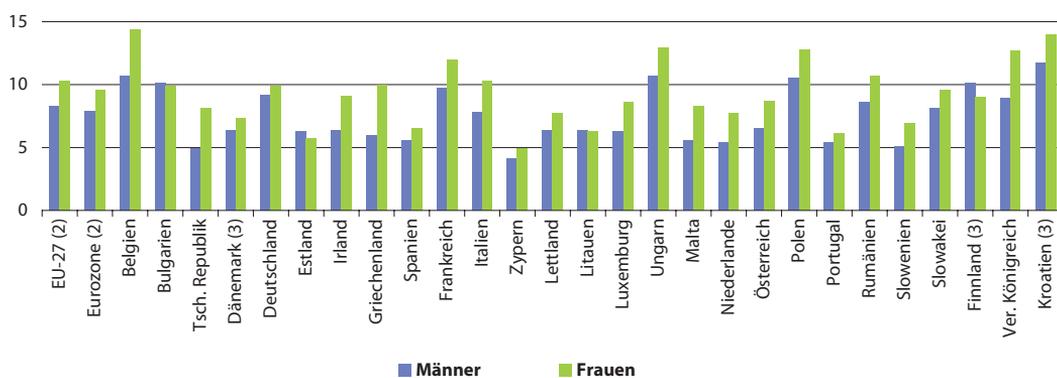
- (1) Schweden: nicht verfügbar.
- (2) Schätzungen.
- (3) 2006.

Quelle: Eurostat (tsdsc310)



### Abbildung 6.8: In Arbeitslosenhaushalten lebende Personen nach Geschlecht, 2007 (1)

(% von Frauen bzw. Männern (18 bis 59 Jahre) in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist)



(1) Schweden: nicht verfügbar.

(2) Schätzungen.

(3) 2006.

Quelle: Eurostat (tsisc090)

## 6.2 Konsumausgaben der privaten Haushalte

### Einleitung

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte bilden die größte Komponente des zur Ermittlung des BIP dienenden Ausgabenkonzepts. Ihre Entwicklung ermöglicht Rückschlüsse auf die von den Haushalten getätigten Käufe und spiegelt wider, wie sich Löhne und andere Einkommen, aber auch die Beschäftigungssituation und das Sparverhalten verändern. Der Anstieg der Ausgaben der privaten Haushalte kann daher vom Zuwachs der Löhne und Einkommen leicht abweichen.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Konsumausgaben der privaten Haushalte sind die Ausgaben, die (von Gebietsansässigen und -fremden) im Inland für Waren und Dienstleistungen zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse getätigt werden. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungseigentum, das von den Eigentümern selbst genutzt wird. Die Ratsverordnung zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen aus dem Jahr 1995<sup>(4)</sup> bildet die Grundlage für die Erhebung der Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Bezug auf die Daten aus den von Eurostat bereitgestellten Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei sollten in den Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Anstaltshaushalte erfasst sein.

Mit der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte

(HBS) werden Ausmaß und Struktur der Haushaltsausgaben beschrieben. Bei den HBS handelt es sich um Erhebungen der Mitgliedstaaten, mit denen vor allem die Konsumausgaben ermittelt und auf nationaler Ebene die Gewichte für die Verbraucherpreisindizes berechnet werden. Sie können auch zur Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dienen. Die HBS werden als Stichprobenerhebungen in allen Mitgliedstaaten sowie in Kroatien, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Norwegen und der Schweiz in regelmäßigen Abständen (etwa alle fünf bis sechs Jahre) durchgeführt.

Sie vermitteln ein Bild von den insgesamt von den privaten Haushalten getätigten Konsumausgaben, die anhand einer Vielzahl sozioökonomischer Haushaltsmerkmale wie Beschäftigungsstatus der Hauptbezugsperson, Einkommen, Alter, Anzahl der im Haushalt lebenden Erwerbspersonen, Typ und Standort (Land oder Stadt) des Haushalts oder Haupteinkommensquelle analysiert werden. Die Informationen werden auf einer tiefen Gliederungsebene zur Verfügung gestellt. Dafür wird die Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs (COICOP) mit über 230 Positionen für verschiedene Waren und Dienstleistungen (einschließlich Aggregate) herangezogen.

Die HBS-Daten beziehen sich lediglich auf die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass bei dieser Art von Erhebung – im Gegensatz zur Zusammenstellung der Daten für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Gemeinschafts- oder

(4) Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates; eine konsolidierte Fassung mit den bisherigen Änderungen findet sich unter: <http://forum.europa.eu.int/irc/dsis/nfaccount/info/data/esa95/esa95-new.htm>.



Anstaltshaushalte (wie z. B. Krankenhäuser, Altersheime, Strafanstalten oder Kasernen) ebenso wenig erfasst werden wie Personen ohne festen Wohnsitz. Die Basis-einheit für die Erhebung von Daten ist der Haushalt (definiert als soziale Einheit mit gemeinsamen Haushaltsausgaben oder täglichen Verrichtungen sowie mit einem gemeinsamen Wohnsitz definierte). Somit wird der Haushalt als gemeinsam wirtschaftende Einheit betrachtet. Allerdings ist auch die Ermittlung des Haushaltsvorstands wichtig, da die sich auf ihn beziehenden persönlichen Merkmale häufig als Grundlage für die Klassifizierung von Angaben zu sozioökonomischen Merkmalen herangezogen werden. Für die Zwecke der HBS wird der Haushaltsvorstand als die Person definiert, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet (Hauptverdiener). Zur Berücksichtigung von Skaleneffekten können Haushaltsausgaben auch pro Erwachsenenäquivalent ausgedrückt werden (Näheres dazu im vorangegangenen Teilkapitel).

Für die Zwecke der HBS werden die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** als der Wert der Waren und Dienstleistungen zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen definiert. Zum Konsum der privaten Haushalte gehören Ausgaben für den Kauf von Waren und Dienstleistungen, Eigenverbrauch und die unterstellte Miete von selbst genutztem Wohneigentum (d. h. die Summe, die als Miete aufzubringen wäre). Die von den Haushalten für Waren und Dienstleistungen getätigten Ausgaben werden zu dem tatsächlich bezahlten Preis erfasst, der die vom Kunden zu entrichtenden indirekten Steuern (MwSt und Verbrauchsteuern) beinhaltet. Eurostat ruft in seinen Leitlinien dazu auf, nicht-monetäre Komponenten des Konsums in die Erhebungsergebnisse einzubeziehen und die Eigenproduktion zu Einzelhandelspreisen zu bewerten, die beim Kauf in einem Geschäft zu bezahlen gewesen

wären. Unter die Eigenproduktion fällt beispielsweise die Herstellung eigener Lebensmittel (entweder in einem landwirtschaftlichen Haushalt oder durch eine Familie mit einer anderen beruflichen Tätigkeit in einem Haus- oder Nutzgarten oder einem gepachteten Garten) oder die Entnahme aus Lagerbeständen für den Eigenbedarf durch Handwerker oder Einzelhändler. In den HBS-Daten sollten auch Sachleistungen der Arbeitgeber für bestimmte Tätigkeiten berücksichtigt werden. Für Wohnungseigentümer und mietfrei wohnende Haushalte wird eine fiktive Miete unterstellt.

### Wichtigste Ergebnisse

Die Konsumgewohnheiten der Haushalte unterscheiden sich in den 27 Mitgliedstaaten beträchtlich voneinander. Kultur, Einkommen, Wetterverhältnisse, Haushaltszusammensetzung, wirtschaftliche Struktur, Grad der Verstädterung und andere Faktoren können die Gewohnheiten in den einzelnen Ländern beeinflussen.

Aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geht hervor, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte in den meisten Mitgliedstaaten zumindest die Hälfte des BIP ausmachten. Am höchsten war ihr Anteil im Jahr 2006 in Zypern (75,3 %) sowie in Bulgarien und Griechenland (mit je 73,9 %), unter 50 % lag der Wert nur in Finnland, Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Irland und Luxemburg. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Konsumausgaben der privaten Haushalte waren in Luxemburg (25 800 KKS) mit Abstand am höchsten, beträchtliche Werte wurden auch aus Griechenland (17 900 KKS) und Österreich (16 900 KKS) gemeldet. Die durchschnittlichen Konsumausgaben der privaten Haushalte waren in den Ländern, die der EU seit 2004 beigetreten sind, in der Regel am niedrigsten, wesentliche Abweichungen von diesem Trend wurden nur für Zypern und Malta festgestellt.

Ferner lässt sich aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ableiten, dass 2006 über ein Fünftel (21,9 %) aller Konsumausgaben der privaten Haushalte in der EU-27 für „Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ getätigt wurde. An zweiter und dritter Stelle rangierten in der EU-27 die Kategorien „Verkehr“ (13,6 %) und „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (12,7 %), auf die zusammen genommen etwas mehr als ein Viertel der Konsumausgaben der privaten Haushalte entfiel.

Diese aggregierten Statistiken über die Konsumausgaben werden sowohl in der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte (HBS) als auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wesentlich detaillierter aufgegliedert. Bei Zugrundelegung der HBS-Daten wurden 2005 bei dem auf die jeweiligen Ausgabenkategorien entfallenden Anteil der Haushaltsausgaben deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten festgestellt.

Am meisten wendeten 2005 die schwedischen Haushalte für „Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ mit 32,2 % ihrer durchschnittlichen Ausgaben (in KKS) auf, was rund dreimal so viel ist wie in Malta (9,1 %).

Die auf „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ entfallenden Haushaltsausgaben waren in den Mitgliedstaaten mit den niedrigsten Haushaltseinkommen tendenziell am höchsten. Sie lagen in Rumänien bei 44,2 % der Durchschnittsausgaben der Haushalte, in Luxemburg dagegen im Schnitt bei 9,3 %.

Auch bestimmte generelle soziodemografische Strukturen wirkten sich auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte aus. Im Durchschnitt tätigten die Haushalte mit einem Vorstand im Alter zwischen 30 und 59 Jahren wesentlich höhere Ausgaben als Haushalte mit einem

Vorstand, der jünger als 30 oder älter als 60 Jahre war. In einigen der seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten wichen die durchschnittlichen Konsumausgaben der Haushalte, denen eine Person unter 30 Jahren vorstand, im Allgemeinen wesentlich geringer von den Ausgaben der Haushalte mit einem Vorstand im erwerbsfähigen Alter zwischen 30 bis 59 Jahren ab, in Lettland und Rumänien fielen sie höher aus.

Haushalte, denen Selbstständige oder Angestellte der Industrie bzw. Dienstleistungsbranche vorstanden, gaben 2005 in der EU-27 im Schnitt mit ca. 32 500 KKS am meisten für den privaten Konsum aus (um etwa 25 % mehr als Haushalte mit einem Arbeiter als Vorstand).

Erwartungsgemäß bestand EU weit ein enger Zusammenhang zwischen Einkommen und Ausgaben der Haushalte. Die 20 % der Haushalte mit den höchsten Einkommen hatten 2005 im Durchschnitt etwa zwei- bis dreimal so hohe Ausgaben wie die ärmsten 20 % der Haushalte. Die durchschnittlichen Konsumausgaben der privaten Haushalte hingen auch stark von der Haushaltsgröße und der Anzahl der Erwerbspersonen pro Haushalt ab. Aus höchsten waren sie bei den Haushalten, in denen drei oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern leben, am geringsten bei Einpersonenhaushalten. Haushalte mit drei oder mehr Erwerbspersonen gaben mehr aus als Haushalte, denen keine Erwerbspersonen angehörten. Allerdings lag in beiden Fällen kein lineares Verhältnis vor. Mit Skaleneffekten (etwa aufgrund der gemeinsamen Nutzung einer Wohnung oder eines Autos bzw. bei den Heizkosten) lässt sich zumindest bis zu einem bestimmten Grad erklären, warum für Einpersonenhaushalte in der Regel weit mehr als die Hälfte der Ausgaben eines Paares anfällt.

**Tabelle 6.2:** Gesamte Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept)

|                        | als Anteil am BIP (in %) |      |          | pro Kopf (KKS) |        |          |
|------------------------|--------------------------|------|----------|----------------|--------|----------|
|                        | 1996                     | 2001 | 2006 (1) | 1996           | 2001   | 2006 (1) |
| <b>EU-27</b>           | 57,0                     | 57,4 | 56,3     | 8 800          | 11 400 | 13 300   |
| <b>Eurozone</b>        | 56,8                     | 56,9 | 56,0     | :              | 12 700 | 14 600   |
| <b>Belgien</b>         | 52,5                     | 52,3 | 50,5     | 10 200         | 12 800 | 14 200   |
| <b>Bulgarien</b>       | 76,1                     | 73,8 | 73,9     | 3 300          | 4 300  | 5 800    |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 53,2                     | 54,0 | 50,8     | 6 200          | 7 500  | 9 400    |
| <b>Dänemark</b>        | 50,0                     | 46,7 | 47,5     | 10 200         | 11 800 | 12 900   |
| <b>Deutschland</b>     | 55,4                     | 56,5 | 53,9     | 10 800         | 13 000 | 15 100   |
| <b>Estland</b>         | 64,8                     | 59,5 | 56,2     | 3 800          | 5 400  | 8 900    |
| <b>Irland</b>          | 52,1                     | 45,3 | 43,2     | 8 700          | 11 900 | 14 800   |
| <b>Griechenland</b>    | :                        | 75,8 | 73,9     | :              | 13 000 | 17 900   |
| <b>Spanien</b>         | 62,7                     | 62,4 | 59,5     | 8 900          | 12 100 | 14 700   |
| <b>Frankreich</b>      | 56,2                     | 55,5 | 56,0     | 9 900          | 12 700 | 15 400   |
| <b>Italien</b>         | 59,0                     | 60,1 | 59,7     | 10 900         | 14 000 | 15 000   |
| <b>Zypern</b>          | 81,8                     | 82,8 | 75,3     | 11 000         | 14 900 | 16 300   |
| <b>Lettland</b>        | 65,1                     | 60,8 | 63,2     | 3 300          | 4 700  | 8 000    |
| <b>Litauen</b>         | 66,6                     | 66,2 | 65,6     | 3 700          | 5 400  | 8 700    |
| <b>Luxemburg</b>       | 47,5                     | 46,6 | 39,3     | 16 200         | 21 600 | 25 800   |
| <b>Ungarn</b>          | 55,9                     | 56,5 | 53,9     | 4 300          | 6 600  | 8 200    |
| <b>Malta</b>           | 78,8                     | 77,3 | 68,9     | 9 600          | 11 900 | 13 200   |
| <b>Niederlande</b>     | 49,1                     | 48,8 | 45,7     | 9 400          | 12 900 | 15 000   |
| <b>Österreich</b>      | 58,5                     | 58,1 | 56,3     | 12 100         | 14 400 | 16 900   |
| <b>Polen</b>           | 61,3                     | 64,5 | 61,5     | 4 200          | 6 100  | 7 600    |
| <b>Portugal</b>        | 65,4                     | 64,2 | 65,9     | 7 600          | 9 800  | 11 600   |
| <b>Rumänien</b>        | :                        | 69,0 | 67,8     | :              | 3 800  | 6 200    |
| <b>Slowenien</b>       | 61,3                     | 57,8 | 55,5     | 7 100          | 9 000  | 11 500   |
| <b>Slowakei</b>        | 53,9                     | 58,8 | 56,2     | 4 100          | 6 100  | 8 400    |
| <b>Finnland</b>        | 50,6                     | 47,4 | 48,4     | 8 300          | 10 900 | 14 000   |
| <b>Schweden</b>        | 47,7                     | 46,6 | 45,4     | 9 200          | 11 200 | 12 600   |
| <b>Ver. Königreich</b> | 61,4                     | 62,1 | 59,9     | 10 700         | 14 400 | 16 600   |
| <b>Türkei</b>          | 67,3                     | 74,9 | 73,9     | 3 200          | 5 300  | 7 800    |
| <b>Island</b>          | 54,7                     | 52,2 | 52,5     | 11 200         | 13 700 | 16 100   |
| <b>Norwegen</b>        | 47,0                     | 41,7 | 39,8     | 10 400         | 13 300 | 18 200   |
| <b>Schweiz</b>         | 59,1                     | 59,5 | 57,3     | 13 800         | 16 600 | 18 500   |

(1) Deutschland, Griechenland, Frankreich, Italien, Malta, Niederlande, Finnland, Türkei und Norwegen: 2007; Bulgarien und Schweden: 2005; Dänemark: 2004.

Quelle: Eurostat (nama\_fcs\_c)

**Tabelle 6.3:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte, 2005

(in KKS)

|                        | COICOP code (1) |       |       |        |       |       |       |       |       |       |       |       |
|------------------------|-----------------|-------|-------|--------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                        | 01              | 02    | 03    | 04     | 05    | 06    | 07    | 08    | 09    | 10    | 11    | 12    |
| <b>EU-27</b>           | 3 594           | 560   | 1 412 | 6 936  | 1 416 | 796   | 3 078 | 738   | 2 187 | 238   | 1 417 | 2 291 |
| <b>Eurozone (2)</b>    | 4 027           | 602   | 1 679 | 7 869  | 1 588 | 1 016 | 3 531 | 804   | 2 309 | 248   | 1 585 | 2 845 |
| <b>Belgien</b>         | 4 043           | 669   | 1 425 | 7 610  | 1 687 | 1 400 | 3 863 | 878   | 2 868 | 136   | 1 894 | 3 576 |
| <b>Bulgarien</b>       | 2 238           | 269   | 218   | 2 461  | 213   | 305   | 355   | 325   | 204   | 34    | 255   | 220   |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 2 503           | 347   | 679   | 2 444  | 815   | 239   | 1 351 | 555   | 1 289 | 66    | 619   | 1 234 |
| <b>Dänemark</b>        | 2 872           | 785   | 1 168 | 7 194  | 1 459 | 639   | 3 331 | 583   | 2 738 | 100   | 960   | 2 233 |
| <b>Deutschland</b>     | 3 185           | 489   | 1 355 | 8 445  | 1 543 | 1 024 | 3 790 | 828   | 3 168 | 236   | 1 212 | 3 226 |
| <b>Estland</b>         | 2 440           | 300   | 601   | 3 240  | 568   | 282   | 1 087 | 596   | 691   | 145   | 339   | 559   |
| <b>Irland</b>          | 4 491           | 2 032 | 1 851 | 8 520  | 2 613 | 904   | 4 203 | 1 255 | 3 670 | 687   | 2 190 | 3 956 |
| <b>Griechenland</b>    | 4 801           | 1 045 | 2 154 | 7 442  | 1 929 | 1 824 | 3 222 | 1 174 | 1 285 | 738   | 2 661 | 2 701 |
| <b>Spanien</b>         | 4 685           | 586   | 1 786 | 7 874  | 1 211 | 577   | 2 743 | 701   | 1 659 | 292   | 2 414 | 1 499 |
| <b>Frankreich</b>      | 3 733           | 650   | 1 853 | 7 339  | 1 693 | 1 167 | 3 777 | 914   | 1 926 | 165   | 1 277 | 3 392 |
| <b>Italien</b>         | 5 359           | 506   | 2 013 | 8 512  | 1 670 | 1 132 | 3 420 | 621   | 1 680 | 202   | 1 428 | 2 242 |
| <b>Zypern</b>          | 5 158           | 646   | 2 649 | 7 381  | 2 008 | 1 624 | 4 980 | 1 164 | 2 044 | 1 354 | 2 830 | 2 370 |
| <b>Lettland</b>        | 3 091           | 329   | 778   | 1 810  | 546   | 394   | 1 155 | 610   | 667   | 145   | 557   | 508   |
| <b>Litauen</b>         | 3 166           | 332   | 743   | 1 776  | 392   | 445   | 762   | 435   | 402   | 102   | 429   | 393   |
| <b>Luxemburg</b>       | 4 851           | 865   | 3 343 | 15 611 | 3 702 | 1 351 | 8 403 | 1 139 | 3 869 | 223   | 4 098 | 4 478 |
| <b>Ungarn</b>          | 2 413           | 380   | 537   | 2 073  | 498   | 440   | 1 511 | 696   | 909   | 90    | 343   | 803   |
| <b>Malta</b>           | 6 082           | 786   | 2 387 | 2 596  | 3 070 | 869   | 4 758 | 837   | 2 879 | 352   | 2 030 | 1 960 |
| <b>Niederlande</b>     | 3 089           | 625   | 1 694 | 7 513  | 1 888 | 371   | 3 196 | 903   | 3 193 | 306   | 1 647 | 4 945 |
| <b>Österreich</b>      | 3 933           | 847   | 1 682 | 6 732  | 1 868 | 946   | 4 863 | 793   | 3 809 | 242   | 1 660 | 2 792 |
| <b>Polen</b>           | 2 704           | 262   | 489   | 3 341  | 478   | 485   | 862   | 512   | 662   | 138   | 180   | 571   |
| <b>Portugal</b>        | 3 243           | 477   | 861   | 5 560  | 994   | 1 264 | 2 693 | 616   | 1 182 | 356   | 2 263 | 1 359 |
| <b>Rumänien</b>        | 2 355           | 307   | 333   | 832    | 201   | 205   | 344   | 259   | 224   | 45    | 58    | 162   |
| <b>Slowenien</b>       | 3 966           | 575   | 1 678 | 5 483  | 1 389 | 356   | 3 717 | 950   | 2 234 | 202   | 1 035 | 2 220 |
| <b>Slowakei</b>        | 2 910           | 333   | 661   | 2 517  | 494   | 330   | 986   | 506   | 712   | 92    | 520   | 713   |
| <b>Finnland</b>        | 3 086           | 588   | 934   | 6 614  | 1 238 | 852   | 3 818 | 693   | 2 731 | 51    | 1 021 | 2 733 |
| <b>Schweden</b>        | 2 913           | 531   | 1 270 | 8 250  | 1 640 | 638   | 3 623 | 791   | 3 398 | 8     | 981   | 1 569 |
| <b>Ver. Königreich</b> | 3 159           | 753   | 1 585 | 9 458  | 2 092 | 383   | 4 305 | 852   | 3 943 | 457   | 2 558 | 2 415 |
| <b>Kroatien</b>        | 4 564           | 548   | 1 059 | 4 983  | 697   | 315   | 1 484 | 729   | 853   | 105   | 465   | 1 039 |
| <b>Norwegen</b>        | 3 402           | 898   | 1 618 | 7 633  | 1 892 | 872   | 5 270 | 770   | 3 593 | 95    | 1 111 | 1 951 |

(1) COICOP Codes - 01: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke; 02: Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen; 03: Bekleidung und Schuhe; 04: Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe; 05: Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung; 06: Gesundheitspflege; 07: Verkehr, 08: Nachrichtenübermittlung; 09: Freizeit, Unterhaltung und Kultur; 10: Bildungswesen; 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen; 12: Andere Waren und Dienstleistungen.

(2) EZ-13 anstatt EZ-15.

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t121)



**Tabelle 6.4:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Alter des Haushaltsvorstands, 2005

(in KKS)

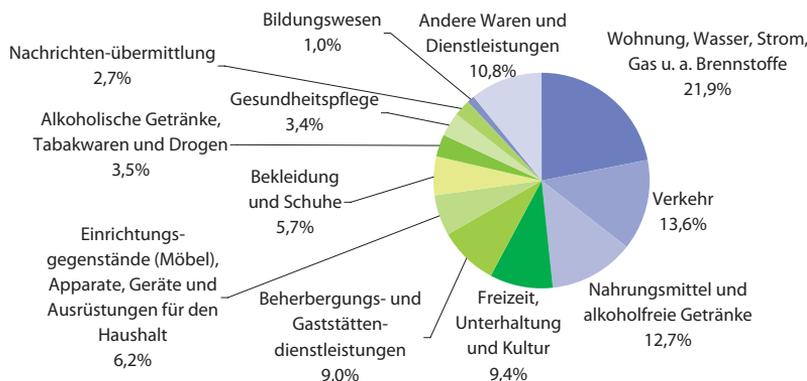
|                        | unter 30 Jahre | 30-49 Jahre | 45-59 Jahre | 60 Jahre oder älter |
|------------------------|----------------|-------------|-------------|---------------------|
| <b>EU-27</b>           | 20 882         | 27 467      | 29 018      | 19 606              |
| <b>Eurozone (1)</b>    | 22 904         | 31 055      | 33 375      | 22 787              |
| <b>Belgien</b>         | 27 820         | 33 971      | 32 513      | 23 965              |
| <b>Bulgarien</b>       | 8 435          | 8 922       | 8 145       | 5 212               |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 11 962         | 14 551      | 13 812      | 8 293               |
| <b>Dänemark</b>        | 18 549         | 27 912      | 28 828      | 18 685              |
| <b>Deutschland</b>     | 19 121         | 30 218      | 34 207      | 25 428              |
| <b>Estland</b>         | 10 422         | 14 039      | 11 630      | 7 630               |
| <b>Irland</b>          | 38 889         | 42 513      | 43 039      | 22 634              |
| <b>Griechenland</b>    | 25 747         | 37 247      | 39 564      | 21 543              |
| <b>Spanien</b>         | 23 095         | 27 928      | 31 830      | 20 464              |
| <b>Frankreich</b>      | 23 632         | 31 728      | 32 181      | 22 041              |
| <b>Italien</b>         | 24 955         | 31 594      | 34 558      | 23 405              |
| <b>Zypern</b>          | 38 327         | 38 559      | 43 721      | 19 153              |
| <b>Lettland</b>        | 13 206         | 12 902      | 11 723      | 6 313               |
| <b>Litauen</b>         | 10 537         | 11 608      | 10 256      | 6 193               |
| <b>Luxemburg</b>       | 44 541         | 53 941      | 59 954      | 43 792              |
| <b>Ungarn</b>          | 11 827         | 12 905      | 12 680      | 7 022               |
| <b>Malta</b>           | 33 060         | 31 315      | 34 051      | 19 483              |
| <b>Niederlande</b>     | 22 177         | 33 447      | 33 445      | 22 849              |
| <b>Österreich</b>      | 26 197         | 33 404      | 35 516      | 23 603              |
| <b>Polen</b>           | 10 627         | 12 424      | 11 152      | 8 270               |
| <b>Portugal</b>        | 20 688         | 23 750      | 25 159      | 14 838              |
| <b>Rumänien</b>        | 6 261          | 5 919       | 3 685       | 2 841               |
| <b>Slowenien</b>       | 25 230         | 27 486      | 26 912      | 16 322              |
| <b>Slowakei</b>        | 11 504         | 12 589      | 11 929      | 6 956               |
| <b>Finnland</b>        | 19 735         | 30 868      | 28 184      | 17 853              |
| <b>Schweden</b>        | 18 665         | 28 669      | 28 677      | 22 985              |
| <b>Ver. Königreich</b> | 28 918         | 35 742      | 38 198      | 24 334              |
| <b>Kroatien</b>        | 13 988         | 21 215      | 20 691      | 12 487              |
| <b>Norwegen</b>        | 20 637         | 33 500      | 32 373      | 24 566              |

(1) EZ-13 anstatt EZ-15.

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t135)

**Abbildung 6.9:** Konsumausgaben der privaten Haushalte für Waren und Dienstleistungen, EU-27, 2006 (1)

(Anteile an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in %)

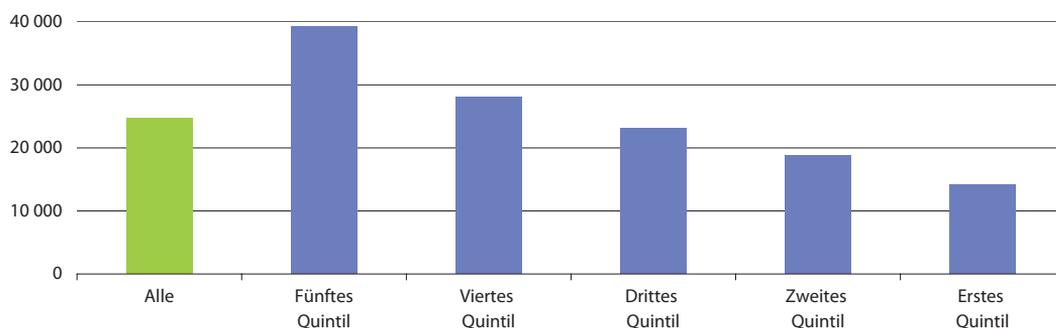


(1) Rundungsbedingt ergibt die Summe nicht genau 100 %.

Quelle: Eurostat (nama\_co2\_c)

**Abbildung 6.10:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Einkommen, EU-27, 2005 (1)

(in KKS)



(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t133)



**Tabelle 6.5:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Beschäftigungsstatus, 2005

(in KKS)

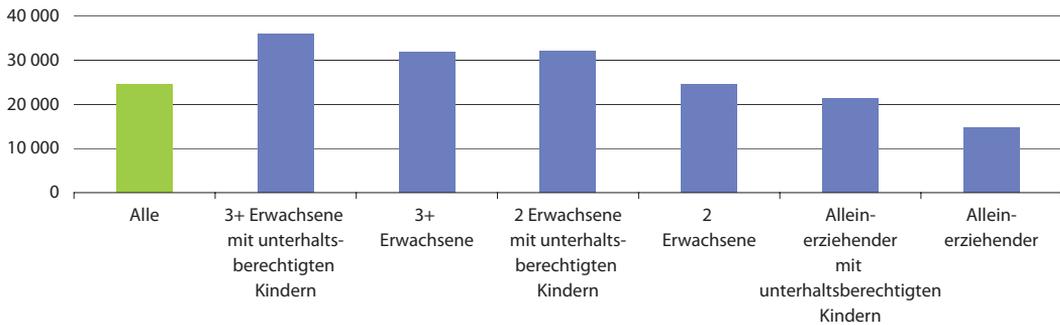
|                        | Arbeiter in<br>Industrie bzw.<br>Dienstlei-<br>stungsbranche | Angestellter in<br>Industrie bzw.<br>Dienstlei-<br>stungsbranche | Selb-<br>ständig | Arbeits-<br>los | Im<br>Ruhestand | Nichter-<br>werbs-<br>personen,<br>Sonstige |
|------------------------|--|--|------------------|-----------------|-----------------|---|
| <b>EU-27</b>           | 25 442   | 32 263   | 32 621           | 17 968          | 20 120          | 18 336                                      |
| <b>Eurozone</b>        | 28 055   | 34 943   | 36 319           | 19 833          | 22 933          | 19 422                                      |
| <b>Belgien</b>         | 28 499   | 36 508   | :                | 16 741          | 24 012          | 32 622                                      |
| <b>Bulgarien</b>       | 8 102  | 10 205   | 8 729            | 5 135           | 5 051           | 5 923                                       |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 13 090   | 14 359   | 14 790           | :               | 7 198           | :   |
| <b>Dänemark</b>        | 26 414   | 30 050   | 26 282           | :               | :               | 20 861                                      |
| <b>Deutschland</b>     | 27 655   | 34 122   | 41 554           | 17 943          | 24 397          | 15 255                                      |
| <b>Estland</b>         | 10 675   | 16 045   | 15 378           | 6 986           | 6 657           | 7 241                                       |
| <b>Irland</b>          | 39 927   | 47 206   | 41 326           | 25 837          | 25 316          | 25 707                                      |
| <b>Griechenland</b>    | 31 449   | 44 510   | 39 691           | 23 926          | 23 375          | 18 179                                      |
| <b>Spanien</b>         | 26 525   | 33 942   | 29 325           | 20 128          | 20 644          | 23 309                                      |
| <b>Frankreich</b>      | 27 287   | 35 524   | 35 038           | 20 078          | 22 686          | 17 520                                      |
| <b>Italien</b>         | 28 766   | 35 298   | 36 685           | 22 135          | 24 411          | 21 106                                      |
| <b>Zypern</b>          | 33 701   | 46 544   | 37 139           | 32 342          | 17 600          | 21 959                                      |
| <b>Lettland</b>        | 10 589   | 15 905   | 13 537           | 5 735           | 5 239           | 6 163                                       |
| <b>Litauen</b>         | 10 143   | 13 874   | 9 504            | 5 596           | 5 638           | 7 041                                       |
| <b>Luxemburg</b>       | 47 073   | 59 758   | 66 495           | 35 441          | 45 674          | 38 342                                      |
| <b>Ungarn</b>          | 10 942   | 15 175   | 15 724           | 7 440           | 7 169           | 8 534                                       |
| <b>Malta</b>           | 30 198   | 39 245   | 34 275           | 15 156          | 19 570          | :   |
| <b>Niederlande</b>     | 31 269   | 34 335   | 41 961           | 21 112          | 22 811          | 22 348                                      |
| <b>Österreich</b>      | 30 627   | 36 156   | 39 283           | 20 025          | 23 716          | 27 240                                      |
| <b>Polen</b>           | 10 271   | 15 186   | 12 401           | 6 504           | 8 138           | 7 367                                       |
| <b>Portugal</b>        | 23 991   | 23 991   | 25 448           | 17 124          | 14 441          | 13 255                                      |
| <b>Rumänien</b>        | :  | :  | :                | :               | :               | :   |
| <b>Slowenien</b>       | 22 820   | 32 299   | 32 113           | 12 570          | 16 331          | 20 190                                      |
| <b>Slowakei</b>        | 11 633   | 13 924   | 14 215           | 6 766           | 6 741           | 7 037                                       |
| <b>Finnland</b>        | 25 245   | 33 075   | 34 285           | 13 899          | 16 961          | 17 550                                      |
| <b>Schweden</b>        | 25 545   | 31 083   | :                | 15 233          | 20 754          | 15 823                                      |
| <b>Ver. Königreich</b> | 30 938   | 41 664   | 41 524           | 21 575          | 22 148          | 25 344                                      |
| <b>Kroatien</b>        | 19 742   | 25 545   | 18 496           | 14 578          | 13 405          | 10 584                                      |
| <b>Norwegen</b>        | :  | :  | 29 222           | 19 214          | 22 121          | 30 606                                      |

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t131)



**Abbildung 6.11:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Haushaltstyp, EU-27, 2005 (1)

(in KKS)

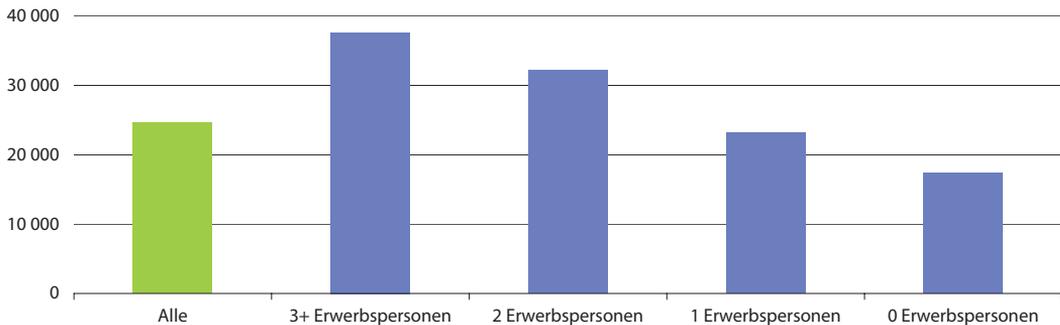


(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t134)

**Abbildung 6.12:** Durchschnittliche Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Anzahl der Erwerbspersonen, EU-27, 2005 (1)

(in KKS)



(1) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (hbs\_exp\_t132)



## 6.3 Wohnen

### Einleitung

Wie aus dem vorangegangenen Teilkapitel hervorgeht, machen „Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ den größten Posten bei den Ausgaben der privaten Haushalte in der EU aus. Themen wie soziales Wohnen, Obdachlosigkeit oder Integration spielen eine wichtige Rolle in der Sozialpolitik. In Artikel 34 Absatz 3 der Charta der Grundrechte ist Folgendes festgelegt: „Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.“

Da die EU allerdings über keinerlei Kompetenzen in diesem Bereich verfügt, sind die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten für ihre Wohnungspolitik selbst verantwortlich. Viele Länder stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Dazu gehören etwa die Erneuerung des Wohnungsbestands, die Steuerung und Bekämpfung der Zersiedelung, die Unterstützung junger Menschen und benachteiligter Gruppen, die ihre Wohnverhältnisse verbessern wollen, oder die Sensibilisierung von Wohnungseigentümern für Fragen der Energieeffizienz. Im Allgemeinen herrscht Einigkeit darüber, dass die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines Mangels an Wohnraum mit angemessenem Standard die Leistungsfähigkeit eines Landes oder einer Region beeinträchtigen. Wenn gut ausgestattete Wohnungen zu erschwinglichen Preisen in einer sicheren Umgebung verfügbar sind, dürften Armut und soziale Ausgrenzung zurückgehen.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Ab 2005 werden mit der EU-SILC die EU-25 sowie Norwegen und Island erfasst. Bulgarien, Rumänien, die Türkei und die Schweiz führten die EU-SILC 2007 ein. Bei der Referenzpopulation der EU-SILC handelt es sich um alle privaten Haushalte und deren zum Zeitpunkt der Datenerhebung auf dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates ansässige Mitglieder. In Gemeinschaftshaushalten und in Einrichtungen lebende Personen sind im Allgemeinen von der Zielpopulation ausgenommen.

### Wichtigste Ergebnisse

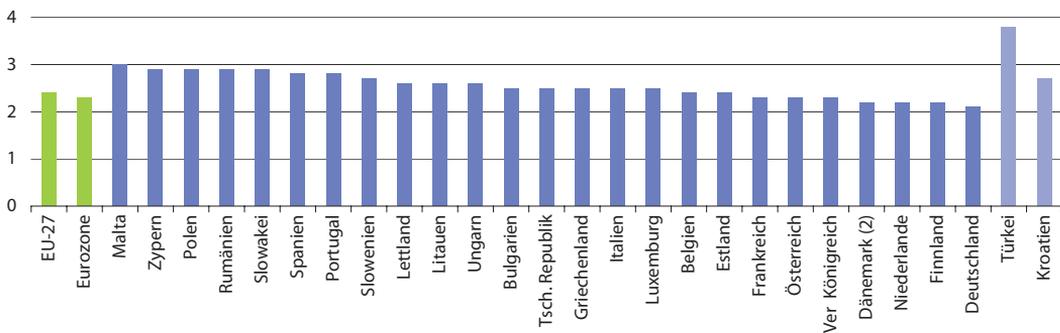
Im Jahr 2007 lebten in einem Haushalt in der EU-27 durchschnittlich 2,4 Personen. Den höchsten Durchschnittswert verzeichnete mit 3,0 Personen Malta. Dort umfasste ein Haushalt nahezu eine Person mehr als in Deutschland, das mit 2,1 Personen die niedrigste durchschnittliche Haushaltsgröße aufwies. Generell wurden aus den nördlichen Mitgliedstaaten die niedrigsten durchschnittlichen Zahlen bei den Personen je Haushalt gemeldet, während in den Mittelmeerländern und den 2004 beigetretenen Ländern höhere Werte verzeichnet wurden.



Hinsichtlich der Besitzverhältnisse gab es 2006 große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: In den baltischen Ländern, der Slowakei, in Ungarn, Slowenien und Spanien besaßen über 80 % der Haushalte ein Eigenheim, während in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Polen die Anteile der Wohnungs- und Hauseigentümer niedriger

(und somit jene der Mieter höher) ausfielen. Die Gründe für derartige Unterschiede sind nur schwer feststellbar, da die Verteilung der Haushalte mit einer Reihe von Faktoren wie dem Grad der Verstädterung, der Qualität des Wohnraums oder dem Angebot von neuen oder renovierten Wohnungen zusammenhängen dürfte.

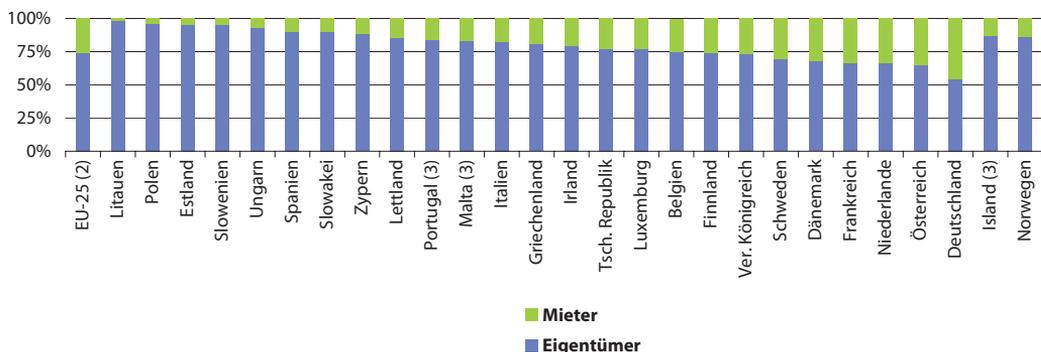
**Abbildung 6.13:** Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt, 2007 (1)  
(in Personen)



(1) Irland und Schweden: nicht verfügbar.  
(2) 2006.

Quelle: Eurostat (lfst\_hhantych)

**Abbildung 6.14:** Wohnbesitzverhältnisse der Haushalte, 2006 (1)  
(in %)



(1) Bulgarien und Rumänien: nicht verfügbar.

(2) Schätzungen von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnittsdaten der einzelstaatlichen Daten.  
(3) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (EU-SILC)



## 6.4 Sozialschutz

### Einleitung

Mit den in der EU hoch entwickelten Sozialschutzsystemen sollen die Menschen vor Risiken geschützt werden, die mit Arbeitslosigkeit, elterlichen Pflichten, Erkrankung und Invalidität, Tod eines Ehegatten oder Elternteils, Alter, Wohnen und sozialer Ausgrenzung einhergehen. Für die Gestaltung und Finanzierung der Sozialschutzsysteme ist jeder Mitgliedstaat selbst zuständig. Die Modelle der einzelnen Mitgliedstaaten weichen aus diesem Grund zwar etwas voneinander ab, die EU sorgt aber durch ihre koordinierende Rolle dafür, dass die Menschen, die in einen anderen Mitgliedstaat gehen, weiterhin angemessenen Sozialschutz erhalten. Dabei werden auch Maßnahmen der Mitgliedstaaten gefördert, mit denen Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft und die Sozialschutzsysteme durch den Austausch von politischen Konzepten und Erfahrungen reformiert werden. Diese Methode wird als „Prozess des Sozialschutzes und der sozialen Integration“ bezeichnet. Dieser Prozess bildet ein Fundament für die überarbeiteten, für 2010 angestrebten Lissabon Ziele, durch die Europa sozialer werden muss, da, wie argumentiert wird, die EU andernfalls ihre Ziele – nachhaltiges Wirtschaftswachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze und stärkerer sozialer Zusammenhalt – nicht verwirklichen kann. Mit dem im Jahr 2000 angestoßenen Prozess der sozialen Integration wird die Beseitigung der Kinderarmut bis 2010 angestrebt. Ferner führte er auch zu einem breiten Konsens darüber, folgende Herausforderungen anzunehmen:

- der Kinderarmut ein Ende bereiten, indem der Teufelskreis der Weitergabe von Armut von einer Generation zur nächsten durchbrochen wird;

- die Arbeitsmärkte wirklich für alle öffnen;
- allen Menschen Wohnraum mit angemessenem Standard zur Verfügung stellen;
- sich gegen Diskriminierung einsetzen und die Integration von Menschen mit Behinderung, ethnischen Minderheiten und Einwanderern fördern;
- finanzielle Ausgrenzung und Überschuldung bekämpfen.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen werden nach der im **Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)** vorgesehenen Methodik erstellt. Das ESSOSS wurde entwickelt, um Finanzströme im Bereich des Sozialschutzes zwischen den Mitgliedstaaten zu vergleichen. Im April 2007 wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(5)</sup> die Rechtsgrundlage für die Bereitstellung der ESSOSS Daten geschaffen (erstmalig sind 2008 Daten für 2006 zu liefern).

**Sozialschutz** umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die für private Haushalte oder Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit Alter, Krankheit und/oder Gesundheitsversorgung, Mutterschaft und Familie, Invalidität/Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen. Zu den **Sozialschutzausgaben** gehören Sozialleistungen in Form direkter Geld- oder Sachtransfers an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten aufgrund bestimmter Risiken oder Bedürfnisse, ferner in einem Sozialschutzsystem für Verwaltung und

(5) <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:113:0027:0034:DE:PDF>.



Betriebsführung anfallende Kosten sowie sonstige durch verschiedene Aufwendungen der Sozialschutzsysteme (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern) verursachte Ausgaben.

**Sozialleistungen** sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die mit einem oder mehreren der genannten Risiken oder Bedürfnisse verbunden sind. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen. Private Haushalte erhalten monetäre Sozialleistungen von Institutionen der Sozialversicherung, anderen staatlichen Stellen, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (POOE), Arbeitgebern, die Sozialschutzsysteme ohne spezielle Deckungsmittel verwalten, Versicherungsunternehmen oder anderen institutionellen Einheiten, die private Sozialschutzsysteme (mit speziellen Deckungsmitteln) verwalten. Die Leistungen werden nach den acht (für bestimmte Risiken oder Bedürfnisse stehenden) Funktionen des Sozialschutzes untergliedert:

- Leistungen der Funktion „Krankheit/ Gesundheitsversorgung“ – Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln;
- Leistungen der Funktion „Invalidität/ Gebrechen“ – Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung);
- Altersleistungen – Altersruhegeld und die Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung);
- Hinterbliebenenleistungen – finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie Hinterbliebenenrenten;
- Leistungen für Familie/Kinder – Unterstützung (außer medizinische Versorgung) im Zusammenhang mit den Kosten für Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung anderer Familienmitglieder;
- Leistungen der Funktion „Arbeitslosigkeit“ – u. a. durch öffentliche Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen;
- Leistungen der Funktion „Wohnen“: Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen;
- Leistungen gegen soziale Ausgrenzung – Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

Das Aggregat „**Renten**“ umfasst einen Teil der regelmäßigen Barleistungen, die bei Invalidität/Behinderung, für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung und im Fall von Arbeitslosigkeit vorgesehen sind. Es ist als die Summe folgender Sozialleistungen definiert: Invaliditätsrente, Frührente wegen Erwerbsminderung, Altersrente, vorgezogene Altersrente, Teilrente, Hinterbliebenenrente, Altersübergangsgeld aufgrund der Arbeitsmarktlage. **Ausgaben für die Pflege älterer Menschen** sind definiert als der Anteil am BIP (in %), der auf die Sozialschutzausgaben für die Pflege älterer Menschen entfällt. Diese Ausgaben beziehen sich auf Pflegegeld, Unterbringung und Unterstützung bei der Erledigung der Aktivitäten des täglichen Lebens. **Das Aggregatersatzverhältnis** ist definiert als das Verhältnis der medianen persönlichen Bruttorenten von Personen im Alter von 65 bis 74 Jahren zum medianen persönlichen Bruttoverdienst von Personen zwischen 50 bis 59 Jahren und wird in Prozent angegeben.



Die für den **Sozialschutz zuständigen Stellen** (Sozialschutzsysteme) werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Ihre Einnahmen umfassen Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Letztere stammen aus einer Vielzahl von Quellen (z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten). **Sozialbeiträge der Arbeitgeber** sind alle von den Arbeitgebern erbrachten Aufwendungen, mit denen die Ansprüche auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und ihre Unterhaltsberechtigten gesichert werden. Sie können von gebietsansässigen oder gebietsfremden Arbeitgebern gezahlt werden. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unterstellte Beiträge). Die **Sozialbeiträge der Versicherten** umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen entrichteten Beiträge.

### Wichtigste Ergebnisse

Der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP lag 2005 in der EU-27 bei 27,2 %. Am höchsten war dieser Wert in Schweden, wo die Sozialschutzausgaben 2005 knapp ein Drittel (32 %) des BIP ausmachten. Gleich dahinter rangierte Frankreich (31,5 %). Am anderen Ende der Skala standen die baltischen Länder, in denen für Sozialschutzausgaben die niedrigsten Anteile am BIP (nämlich zwischen 12,4 % und 13,2 %) aufgewendet wurden.

Dank des Kaufkraftstandards (KKS) ist es möglich, bei den Sozialschutzausgaben pro Kopf Ländervergleiche ohne Verzerrungen und unter Berücksichtigung

der unterschiedlichen Preisniveaus anzustellen. Die Sozialschutzausgaben waren 2005 in Luxemburg<sup>(6)</sup> am höchsten (12 946 KKS pro Kopf), in Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Österreich, Belgien und Frankreich lagen sie jeweils zwischen 8 000 und 8 500 KKS pro Kopf. Im Gegensatz dazu betragen in den baltischen Staaten, in Bulgarien und Rumänien die durchschnittlichen Aufwendungen weniger als 1 800 KKS pro Kopf. Diese stark voneinander abweichenden Werte rühren zum Teil von dem zwischen den Ländern bestehenden Wohlstandsgefälle her, spiegeln aber auch Unterschiede bei den einzelnen Sozialschutzsystemen, der Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitslosenquoten und bei anderen sozialen, institutionellen und wirtschaftlichen Faktoren wider.

Auf Altersleistungen entfiel 2005 in der EU-27 mit über zwei Fünfteln (41,4 %) der größte Anteil der Sozialschutzausgaben noch vor den Leistungen für Krankheit und Gesundheitsversorgung (28,6 %). Ein jeweils relativ ähnliches Niveau wiesen die Leistungen für Familie/Kinder, die Leistungen bei Invalidität/Behinderung und die Leistungen bei Arbeitslosigkeit auf. Ihre Anteile an den gesamten in der EU-27 getätigten Sozialschutzausgaben lagen zwischen 6,1 % und 8,0 %. Die restlichen 7,9 % verteilten sich auf Hinterbliebenenleistungen, Leistungen für Wohnen und Leistungen gegen soziale Ausgrenzung.

Im Jahr 2005 wurden in der EU-27 12,2 % des BIP für Renten ausgegeben, wobei sich Bandbreite bei den Anteilen zwischen 14,8 % in Italien und 4,9 % in Irland bewegte. Für die Pflege älterer Menschen wurden im selben Jahr in der EU-27 etwa 0,5 % des BIP bereitgestellt, in Schweden waren es gar 2,5 %, in Griechenland,

(6) Luxemburg ist insofern ein Sonderfall, als ein beträchtlicher Anteil der Leistungen (vor allem für Gesundheitsversorgung, Renten und Familien) an im Ausland lebende Personen bezahlt wird.



Estland, Belgien, Bulgarien und Rumänien dagegen aber jeweils unter 0,1 %. Mit dem Aggregatsersatzverhältnis wird die Differenz zwischen Leistungen für Rentner (im Alter zwischen 65 und 74 Jahren) und den Löhnen und Gehältern der 50- bis 64 Jährigen gemessen. Der entsprechende Wert war 2006 in Luxemburg und Österreich am höchsten (dort erhielten die Rentner im Durchschnitt 65 % der von den Personen zwischen 50 und 64 bezogenen Löhne und Gehälter).

In den meisten übrigen Mitgliedstaaten bewegte sich dieser Wert zwischen 40 % und 60 %, niedriger war er in Dänemark (37 %), Irland (35 %) und Zypern (28 %).

Bei den in der EU-27 im Jahr 2005 erzielten Sozialschutzeinnahmen handelte es sich hauptsächlich um Sozialbeiträge der Arbeitgeber (38,3 %) und staatliche Zuweisungen (37,6 %). Der von den Versicherten aufgebrauchte Anteil belief sich auf weitere 20,8 %.

**Tabelle 6.6:** Sozialschutzausgaben insgesamt

(in % des BIP)

|                        | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| <b>EU (1)</b>          | 27,7 | 27,9 | 27,5 | 27,1 | 27,0 | 26,6 | 26,8 | 27,1 | 27,4 | 27,3 | 27,2 |
| <b>Eurozone (2)</b>    | 27,2 | 27,6 | 27,3 | 26,9 | 27,0 | 26,8 | 26,9 | 27,4 | 27,8 | 27,8 | 27,8 |
| <b>Belgien</b>         | 27,4 | 28,0 | 27,4 | 27,1 | 27,0 | 26,5 | 27,3 | 28,0 | 29,1 | 29,3 | 29,7 |
| <b>Bulgarien</b>       | :    | :    | :    | :    | :    | :    | :    | :    | :    | :    | 16,1 |
| <b>Tsch. Republik</b>  | 17,5 | 17,6 | 18,6 | 18,5 | 19,2 | 19,5 | 19,5 | 20,2 | 20,2 | 19,3 | 19,1 |
| <b>Dänemark</b>        | 31,9 | 31,2 | 30,1 | 30,0 | 29,8 | 28,9 | 29,2 | 29,7 | 30,9 | 30,9 | 30,1 |
| <b>Deutschland</b>     | 28,2 | 29,3 | 28,9 | 28,8 | 29,2 | 29,3 | 29,4 | 30,0 | 30,3 | 29,6 | 29,4 |
| <b>Estland</b>         | :    | :    | :    | :    | :    | 14,0 | 13,1 | 12,7 | 12,6 | 13,1 | 12,5 |
| <b>Irland</b>          | 14,8 | 13,9 | 12,9 | 12,0 | 14,6 | 14,1 | 15,0 | 17,3 | 17,8 | 18,2 | 18,2 |
| <b>Griechenland</b>    | 19,9 | 20,5 | 20,8 | 21,7 | 22,7 | 23,5 | 24,1 | 23,8 | 23,6 | 23,6 | 24,2 |
| <b>Spanien</b>         | 21,6 | 21,5 | 20,8 | 20,2 | 19,8 | 20,3 | 20,0 | 20,3 | 20,4 | 20,6 | 20,8 |
| <b>Frankreich</b>      | 30,3 | 30,6 | 30,4 | 30,1 | 29,9 | 29,5 | 29,6 | 30,4 | 30,9 | 31,3 | 31,5 |
| <b>Italien</b>         | 24,2 | 24,3 | 24,9 | 24,6 | 24,8 | 24,7 | 24,9 | 25,3 | 25,8 | 26,0 | 26,4 |
| <b>Zypern</b>          | :    | :    | :    | :    | :    | 14,8 | 14,9 | 16,2 | 18,4 | 17,8 | 18,2 |
| <b>Lettland</b>        | :    | :    | 15,3 | 16,1 | 17,2 | 15,3 | 14,3 | 13,9 | 13,8 | 12,9 | 12,4 |
| <b>Litauen</b>         | :    | 13,4 | 13,8 | 15,2 | 16,4 | 15,8 | 14,7 | 14,1 | 13,6 | 13,3 | 13,2 |
| <b>Luxemburg</b>       | 20,7 | 21,2 | 21,5 | 21,2 | 20,5 | 19,6 | 20,9 | 21,6 | 22,2 | 22,3 | 21,9 |
| <b>Ungarn</b>          | :    | :    | :    | :    | 20,7 | 19,3 | 19,3 | 20,4 | 21,1 | 20,7 | 21,9 |
| <b>Malta</b>           | 15,7 | 17,1 | 17,5 | 17,5 | 17,3 | 16,5 | 17,4 | 17,5 | 17,9 | 18,4 | 18,3 |
| <b>Niederlande</b>     | 30,6 | 29,6 | 28,7 | 27,8 | 27,1 | 26,4 | 26,5 | 27,6 | 28,3 | 28,3 | 28,2 |
| <b>Österreich</b>      | 28,8 | 28,7 | 28,6 | 28,3 | 28,7 | 28,1 | 28,4 | 29,0 | 29,3 | 29,0 | 28,8 |
| <b>Polen</b>           | :    | :    | :    | :    | :    | 19,7 | 21,0 | 21,1 | 21,0 | 20,1 | 19,6 |
| <b>Portugal</b>        | 21,0 | 20,2 | 20,3 | 20,9 | 21,4 | 21,7 | 22,7 | 23,7 | 24,1 | 24,7 | :    |
| <b>Rumänien</b>        | :    | :    | :    | :    | :    | 13,2 | 13,2 | 13,4 | 12,6 | 15,1 | 14,2 |
| <b>Slowenien</b>       | :    | 24,1 | 24,5 | 24,8 | 24,8 | 24,6 | 24,8 | 24,8 | 24,1 | 23,7 | 23,4 |
| <b>Slowakei</b>        | 18,4 | 19,3 | 19,6 | 20,0 | 20,0 | 19,3 | 18,9 | 19,0 | 18,2 | 17,3 | 16,9 |
| <b>Finnland</b>        | 31,5 | 31,4 | 29,1 | 27,0 | 26,2 | 25,1 | 24,9 | 25,6 | 26,5 | 26,6 | 26,7 |
| <b>Schweden</b>        | 34,3 | 33,6 | 32,7 | 32,0 | 31,7 | 30,7 | 31,2 | 32,2 | 33,2 | 32,7 | 32,0 |
| <b>Ver. Königreich</b> | 28,0 | 27,8 | 27,3 | 26,7 | 26,2 | 26,9 | 27,3 | 26,2 | 26,2 | 26,3 | 26,8 |
| <b>Island</b>          | 18,9 | 18,7 | 18,5 | 18,3 | 18,8 | 19,2 | 19,4 | 21,2 | 23,0 | 22,6 | 21,7 |
| <b>Norwegen</b>        | 26,5 | 25,8 | 25,1 | 26,9 | 26,9 | 24,4 | 25,4 | 26,0 | 27,2 | 25,9 | 23,9 |
| <b>Schweiz</b>         | 25,6 | 26,4 | 27,3 | 27,3 | 27,3 | 26,9 | 27,6 | 28,5 | 29,1 | 29,3 | 29,2 |

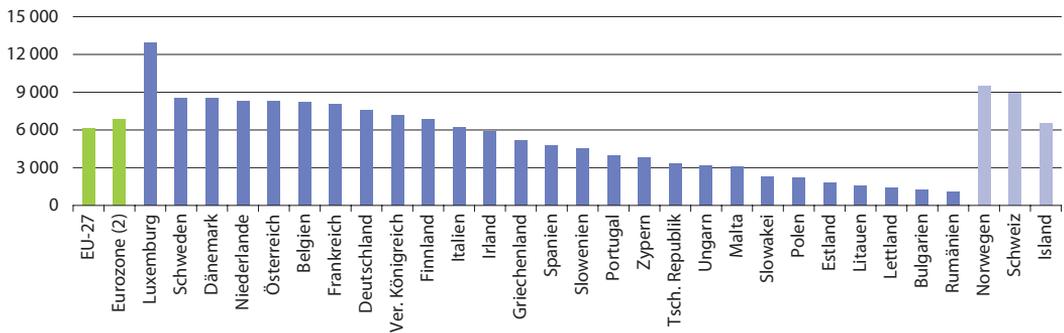
(1) EU-15 für den Zeitraum 1995-1999; EU-25 für den Zeitraum 2000-2004; EU-27 für das Jahr 2005.

(2) EZ-13 anstatt EZ-15.

Quelle: Eurostat (tps00098)


**Abbildung 6.15: Sozialschutzausgaben pro Kopf insgesamt, 2005 (1)**

(in KKS)



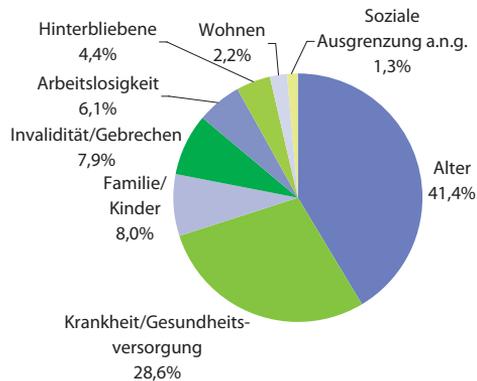
(1) EU-27, Eurozone und Vereinigtes Königreich: Schätzungen; Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei und Schweden: vorläufige Zahlen; Portugal: 2004.

(2) EZ-13 anstatt EZ-15.

Quelle: Eurostat (tps00100)

**Abbildung 6.16: Sozialleistungen, EU-27, 2005 (1)**

(in %, auf Basis KKS)

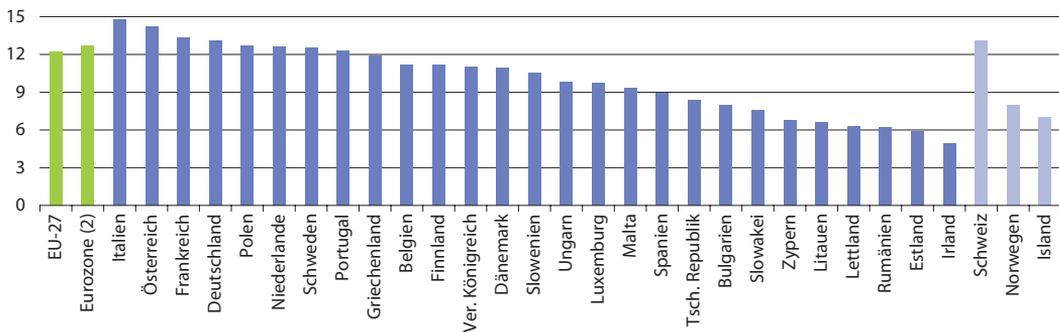


(1) Schätzwerte; rundungsbedingt ergibt die Summe nicht genau 100 %.

Quelle: Eurostat (tps00107)

**Abbildung 6.17:** Rentenausgaben, 2005 (1)

(in % des BIP)



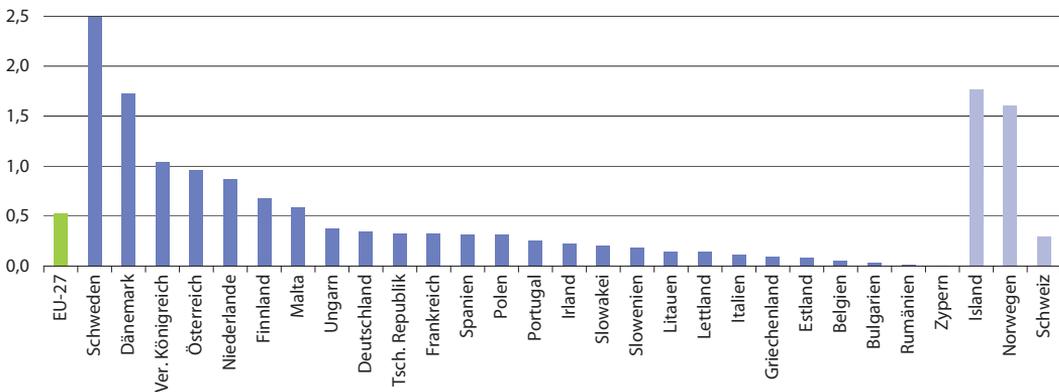
(1) EU-27, Eurozone und Vereinigtes Königreich: Schätzungen; Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei und Schweden: vorläufige Zahlen; Portugal: 2004.

(2) EZ-13 anstatt EZ-15.

Quelle: Eurostat (tps00103)

**Abbildung 6.18:** Ausgaben für die Pflege älterer Menschen, 2005 (1)

(in % des BIP)



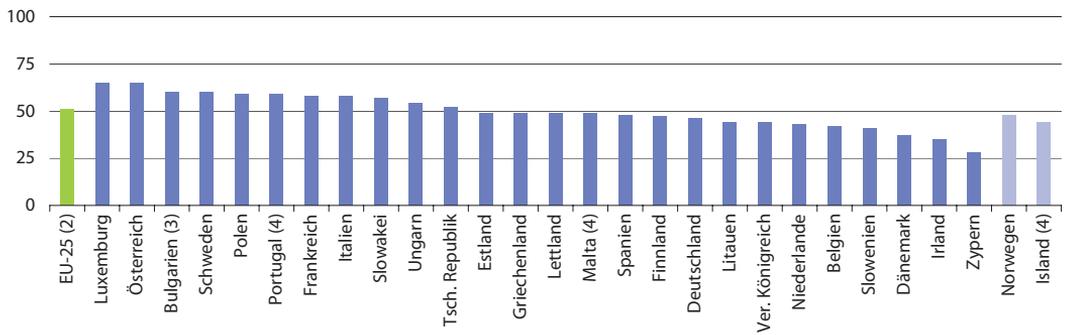
(1) EU-27 und Vereinigtes Königreich: Schätzungen; Bulgarien, Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei und Schweden: vorläufige Zahlen; Portugal: 2004; Luxemburg: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tsdde530)



**Abbildung 6.19:** Aggregatersatzverhältnis, 2006 (1)

(in %)



(1) Rumänien: nicht verfügbar.

(2) Berechnung von Eurostat auf der Grundlage von nach Bevölkerungszahl gewichteten Durchschnitts der einzelstaatlichen Daten.

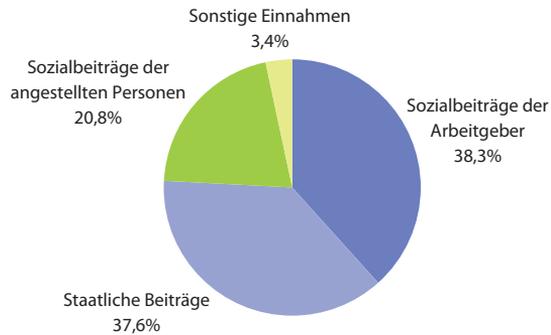
(3) National HBS (Einzelstaatliche Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte).

(4) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (tsdde310)

**Abbildung 6.20:** Sozialschutzeinnahmen, EU-27, 2005 (1)

(in % der Gesamteinnahmen)



(1) Schätzwerte; rundungsbedingt ergibt die Summe nicht genau 100 %.

Quelle: Eurostat (tps00108)

## 6.5 Gute Staatsführung (Good Governance)

### Einleitung

Der eine ganze Reihe von Konzepten abdeckende Begriff „Governance“ wird in mehreren Sozialwissenschaften, vor allem in den Wirtschafts- und der Politikwissenschaften, verwendet und wurde ursprünglich für die Wirtschaftswissenschaften (beispielsweise für den Bereich der Unternehmensführung) und die Politikwissenschaften (Staatsführung) geprägt. In der Unternehmens- wie auch der Staatsführung wird unter „Governance“ die Tätigkeit von Exekutivorganen, Versammlungen (z. B. nationale Parlamente) und Justizbehörden (einzelstaatliche Gerichte usw.) verstanden.

Im Juli 2001 nahm die Europäische Kommission das Weißbuch „Europäisches Regieren“ an. Mit den darin formulierten Empfehlungen sollen die Demokratie in Europa gefestigt und die Legitimität der Institutionen gestärkt werden. Gemäß dem Weißbuch steht „Governance“ in einem europäischen Kontext für die Regeln, Verfahren und Verhaltensweisen, die die Art und Weise, wie auf europäischer Ebene Befugnisse ausgeübt werden, kennzeichnen, und zwar insbesondere in Bezug auf Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Wirksamkeit und Kohärenz (die fünf Grundsätze der „Good Governance“). Mit dem Weißbuch wird eine Modernisierung des öffentlichen Handelns in Europa angestrebt. Die europäischen Exekutivorgane sollen gegenüber den gewählten Versammlungen stärker verantwortlich sein. Ferner sollen die Entscheidungsverfahren der EU offener gestaltet werden, so dass die Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen mitwirken können. Schließlich ist mit diesen neuen Formen der Governance die Hoffnung verbunden, dass die EU an Bürgernähe und Leistungsfähigkeit

gewinnt, dass ihr demokratischer Charakter gefestigt und die Legitimität ihrer Institutionen konsolidiert wird und dass somit Qualität, Klarheit und Effizienz der europäischen Rechtsvorschriften optimiert werden.

### Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die **Wahlbeteiligung** ist der prozentuale Anteil der Bevölkerung, der bei einer Wahl seine Stimme abgibt („sich an einer Wahl beteiligt“), an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten. Leerstimmen und ungültige Stimmabgaben werden dabei mitberücksichtigt. In Belgien, Luxemburg und Griechenland besteht Wahlpflicht. In Italien gehört Wählen zu den Bürgerpflichten (ohne Strafe bei Nichteinhaltung).

Das **Vertrauen der Bürger in die einzelnen EU Organe** (Rat der Europäischen Union, Europäisches Parlament und Europäische Kommission) wird als der Anteil der positiven Meinungen (Personen, die erklärten, dass sie „eher Vertrauen“ in das jeweilige Organ haben) angegeben. Der Begriff „Vertrauen“ ist nicht klar definiert und könnte von den Befragten recht unterschiedlich ausgelegt werden. Die Daten beruhen auf der zweimal jährlich durchgeführten Eurobarometer Umfrage, mit der die Entwicklung der öffentlichen Meinung seit 1973 in den Mitgliedstaaten und seit 2004 auch in den Kandidatenländern verfolgt wird. Bei den übrigen, in der Tabelle nicht ausgewiesenen Kategorien handelt es sich um die prozentualen Anteile von Befragten mit negativen Meinungen (Personen, die angaben, „eher kein Vertrauen“ zu haben) sowie von Personen, die mit „Weiß nicht“ antworteten oder gar keine Angaben gemacht haben.



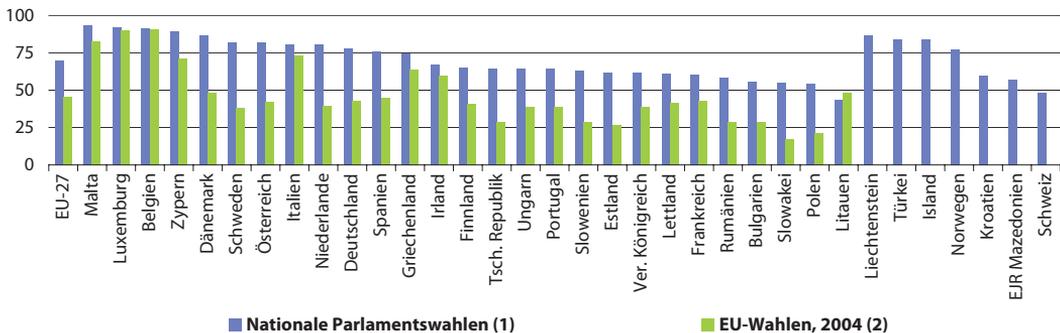
### Wichtigste Ergebnisse

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 lag die Wahlbeteiligung zwischen 90,8 % in Belgien (wo Wahlpflicht besteht) und 17,0 % in der Slowakei. In Bulgarien und Rumänien haben 2007 etwas unter 30 % der Wahlberechtigten bei den erstmals dort abgehaltenen Wahlen zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgegeben. Diese Länder rangieren damit unter den Mitgliedstaaten mit eher geringer Wahlbeteiligung. Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament sind für 2009 anberaumt.

Bei der jüngsten, 2007 durchgeführten Meinungsumfrage gab etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (55 %) an, eher Vertrauen in das Europäische Parlament zu haben, während genau die Hälfte (50 %) eher in die Europäische Kommission Vertrauen hatte. Weniger als die Hälfte der Befragten (44 %) hatte dieser Umfrage zufolge eher Vertrauen in den Rat der Europäischen Union, wobei jeweils in Dänemark, Italien, Luxemburg und Schweden gegenüber dem Jahr 2000 wesentlich niedrigere Werte verzeichnet wurden.

Abbildung 6.21: Wahlbeteiligung

(in %)



(1) Jahre, in denen zuletzt Wahlen stattfanden: Spanien, Italien, Litauen, Malta, Österreich, Slowenien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, 2008; Belgien, Dänemark, Estland, Irland, Griechenland, Frankreich, Polen, Finnland, Kroatien, Türkei, Island und Schweiz, 2007; Tschechische Republik, Zypern, Lettland, Ungarn, Niederlande, Slowakei und Schweden, 2006; Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Portugal, Vereinigtes Königreich, Liechtenstein und Norwegen, 2005; Luxemburg und Rumänien, 2004; EU-27, von Eurostat geschätzter Durchschnittswert, der auf den in den Mitgliedstaaten bei den Wahlen zum nationalen Parlament beobachteten Trends beruht.

(2) Bulgarien und Rumänien: 2007; für Nicht-EU-Mitgliedstaaten nicht zutreffend; EU-25 anstatt EU-27.

Quelle: Eurostat (tsdgo310), Internationales Institut für Demokratie und Wahlhilfe

**Tabelle 6.7:** Vertrauen der Bürger in die EU-Organe

(in %)

|                        | Europäisches Parlament |      | Rat der Europäischen Union |      | Kommission der Europ. Gemeinschaften |      |
|------------------------|------------------------|------|----------------------------|------|--------------------------------------|------|
|                        | 2002                   | 2007 | 2002                       | 2007 | 2002                                 | 2007 |
| <b>EU-27</b>           | :                      | 55   | :                          | 44   | :                                    | 50   |
| <b>Belgien</b>         | 69                     | 68   | 54                         | 56   | 64                                   | 67   |
| <b>Bulgarien</b>       | :                      | 58   | :                          | 40   | :                                    | 46   |
| <b>Tsch. Republik</b>  | :                      | 61   | :                          | 53   | :                                    | 57   |
| <b>Dänemark</b>        | 59                     | 70   | 55                         | 48   | 65                                   | 61   |
| <b>Deutschland</b>     | 58                     | 52   | 41                         | 43   | 47                                   | 46   |
| <b>Estland</b>         | :                      | 61   | :                          | 52   | :                                    | 57   |
| <b>Irland</b>          | 71                     | 63   | 60                         | 50   | 67                                   | 60   |
| <b>Griechenland</b>    | 61                     | 77   | 53                         | 68   | 56                                   | 69   |
| <b>Spanien</b>         | 64                     | 62   | 57                         | 49   | 59                                   | 53   |
| <b>Frankreich</b>      | 62                     | 58   | 47                         | 46   | 58                                   | 54   |
| <b>Italien</b>         | 74                     | 53   | 57                         | 45   | 65                                   | 50   |
| <b>Zypern</b>          | :                      | 59   | :                          | 57   | :                                    | 57   |
| <b>Lettland</b>        | :                      | 44   | :                          | 37   | :                                    | 39   |
| <b>Litauen</b>         | :                      | 57   | :                          | 47   | :                                    | 53   |
| <b>Luxemburg</b>       | 75                     | 65   | 67                         | 52   | 74                                   | 55   |
| <b>Ungarn</b>          | :                      | 67   | :                          | 54   | :                                    | 61   |
| <b>Malta</b>           | :                      | 63   | :                          | 57   | :                                    | 60   |
| <b>Niederlande</b>     | 65                     | 61   | 49                         | 47   | 60                                   | 59   |
| <b>Österreich</b>      | 58                     | 51   | 47                         | 41   | 51                                   | 48   |
| <b>Polen</b>           | :                      | 60   | :                          | 55   | :                                    | 61   |
| <b>Portugal</b>        | 59                     | 63   | 54                         | 53   | 58                                   | 59   |
| <b>Rumänien</b>        | :                      | 72   | :                          | 53   | :                                    | 60   |
| <b>Slowenien</b>       | :                      | 63   | :                          | 59   | :                                    | 61   |
| <b>Slowakei</b>        | :                      | 70   | :                          | 59   | :                                    | 62   |
| <b>Finnland</b>        | 57                     | 53   | 49                         | 49   | 55                                   | 53   |
| <b>Schweden</b>        | 51                     | 57   | 46                         | 30   | 45                                   | 49   |
| <b>Ver. Königreich</b> | 34                     | 25   | 20                         | 17   | 31                                   | 22   |
| <b>Kroatien</b>        | :                      | 40   | :                          | 41   | :                                    | 39   |
| <b>EJR Mazedonien</b>  | :                      | 57   | :                          | 52   | :                                    | 53   |
| <b>Türkei</b>          | :                      | 20   | :                          | 17   | :                                    | 17   |

Quelle: Eurostat (tsdgo510), Europäische Kommission, Eurobarometer